

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Vollständige Information der Öffentlichkeit über die Verwaltungsstrukturreform - Keine Gebietsreform ohne Bürgerentscheide

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, den Landtag gemäß Art. 94 der Landesverfassung ausführlich im Plenum über den Planungsstand des Leitbildentwurfes für die Verwaltungsstrukturreform 2019 zu unterrichten. Hierbei hat sie auch über den Meinungsbildungsprozess der Kommunen in den letzten Monaten zur Abgrenzung einer Funktional- von einer Territorialreform zu informieren.

Begründung:

Der Landtag Brandenburg hat 17.12.2014 in Drucksache 6/247-B beschlossen, die Landesregierung zu beauftragen, ein Leitbild für eine Verwaltungsstrukturreform zu erarbeiten.

In der Zwischenzeit haben viele Landkreise und kreisfreie Städte Resolutionen verabschiedet, in denen sie zwar einer Funktionalreform verbunden mit der Neuverteilung von Verwaltungsaufgaben aufgeschlossen gegenüberstehen, jedoch eine Territorialreform ablehnen. Die kreisfreien Städte haben sich einmütig gegen eine Einkreisung ausgesprochen und ihre dahingehende Forderung nachhaltig argumentativ untermauert.

In manchen Landkreisen wurden entsprechende Anträge jedoch vertagt oder zurückgestellt verbunden mit der Behauptung, dass derartige Themen derzeit nicht spruchreif seien. Dies steht im Widerspruch zum Schreiben des Innenministers vom 08.05.2015, in dem er alle Bürgermeister und Amtsdirektoren einlädt, um am 22.05.2015 den Leitbildentwurf vorzustellen. Wenn bereits ein Entwurf fertiggestellt ist, sind dessen Inhalte auch im politischen Raum zu diskutieren.

In der Sitzung des Innenausschusses am 12.03.2015 informierte der Minister zudem, dass er in zwei Monaten den Landtag informieren werde. Dies ist nicht geschehen. Dabei sieht Art. 94 der Landesverfassung vor, dass die Landesregierung den Landtag frühzeitig und vollständig über geplante Gesetze zu unterrichten hat. Sofern der Leitbildentwurf bereits so weit gestaltet ist, dass er mit den Hauptverwaltungsbeamten, die dessen Inhalte umsetzen aber nicht darüber entscheiden, erörtert werden kann, muss auch der Landtag als Entscheidungsträger in Kenntnis gesetzt werden.

Datum des Eingangs: 21.05.2015 / Ausgegeben: 21.05.2015

Diese Unterrichtungspflicht erstreckt sich auf den gesamten Landtag und nicht bloß eine Partei. Daher ist durch eine offene und vollumfängliche Diskussion dem durch die Medienberichterstattung im April 2015 entstandenen Eindruck, wonach das Innenministerium Landräte und andere Vertreter einer bestimmten Partei vorrangig informiert habe, entgegenzuwirken.

Aufgrund der Komplexität der Materie und dem inzwischen unüberhörbar artikulierten Willen zahlreicher kommunaler Gebietskörperschaften, die die Ergebnisse der geplanten Reform spüren und umsetzen werden müssen, ist eine Aussprache zum Planungsstand des Ministeriums erforderlich.

Der Innenminister soll den Landtag gemäß Art. 94 der Landesverfassung über den Leitbildentwurf und das wahrgenommene Meinungsbild unterrichten. Hierzu soll - mittlerweile ein halbes Jahr nach der seinerzeitigen Beschlussfassung - eine grundlegende Debatte im Landtag erfolgen.

Iris Schülzke
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe